



Auswärtiges Amt, 11013 Berlin

Frau  
Sonnhild Thiel  
Friedensbündnis Karlsruhe  
Alberichstr. 9  
76185 Karlsruhe

BETREFF **Nukleare Abrüstung**  
BEZUG Ihr Schreiben vom 11. September 2015  
GZ (bitte bei Antwort angeben) OR09-371.00

Christiane Hohmann  
Leiterin des Referats OR09  
Grundsatzfragen Abrüstung

HAUSANSCHRIFT  
Werderscher Markt 1  
10117 Berlin

POSTANSCHRIFT  
11013 Berlin

TEL + 49 (0)30 18-17-4268  
FAX + 49 (0)30 18-17-5-4268

OR09-RL@diplo.de  
www.auswaertiges-amt.de

Berlin, 28.09.2015

Sehr geehrte Frau Thiel,

vielen Dank für das Schreiben Ihrer Initiative an Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier vom 11. September 2015. Der Bundesaußenminister hat mich gebeten, Ihnen zu antworten.

Die Bundesregierung setzt sich seit Jahren gegenüber den Nuklearwaffenstaaten und in den internationalen Abrüstungsgremien für konkrete Fortschritte bei der nuklearen Abrüstung ein. Es bleibt das erklärte Ziel der Bundesregierung, eine Welt ohne Nuklearwaffen zu schaffen.

Diese Welt frei von Nuklearwaffen wird aber nur dann gelingen, wenn sich alle nuklear bewaffneten Staaten beteiligen. Dies ist im Augenblick nicht absehbar. So hat Russland dem von Präsident Obama unterbreiteten Angebot einer neuen nuklearen Abrüstungsrunde bislang eine Absage erteilt und im Zuge der Ukraine-Krise mehrfach direkt und indirekt mit dem Einsatz von Nuklearwaffen gedroht.

Die Bundesregierung steht der humanitären Initiative, auf deren Grundlage der von Ihnen erwähnte „Humanitarian Pledge“ (ehemals „Austrian Pledge“) beruht, offen gegenüber. So hat die Bundesregierung an den bisherigen drei Konferenzen der Initiative aktiv

teilgenommen und ist in ständigem Kontakt mit den Initiatoren. Allerdings müssen wir auch unsere Verpflichtungen als Mitglied der NATO berücksichtigen.

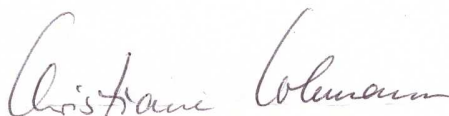
Die Entscheidung über einen möglichen Abzug der US-Nuklearwaffen aus Europa wird im Bündnis im Konsens gefällt. Auf Initiative der Bundesregierung hatte die NATO mit Russland, das über deutlich mehr nichtstrategische Nuklearwaffen verfügt, in einen Dialog eintreten wollen, der aber leider bereits vor der Ukraine-Krise von Russland abgelehnt wurde.

Die von Ihnen angesprochene Lebensverlängerung des US-Nukleararsenals ist eine rein nationale Entscheidung der USA. Die USA wollen damit nicht zuletzt auch sicherstellen, dass Nuklearwaffen, solange sie benötigt werden, den höchsten Sicherheitsstandards entsprechen. Die USA haben in ihrer *Nuclear Posture Review* 2010 festgelegt, dass mit der Lebensverlängerung keine neuen Einsatzzwecke oder -fähigkeiten geschaffen werden.

Die Bundesregierung setzt sich auch in diesen schwierigen Zeiten dafür ein, dass konkrete Fortschritte bei Abrüstung und Rüstungskontrolle erzielt werden. Eine wichtige Aufgabe sehen wir darin, Fortschritte bei der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa während unseres Vorsitzes in der OSZE zu erzielen und damit konkret zu Deeskalation und Vertrauensbildung beizutragen und damit auch den Boden für weitere Schritte im nuklearen Bereich zu bereiten.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

A handwritten signature in cursive script, appearing to read 'Kristiane Wolmann', written in dark ink on a white background.